

Projekt

Klimaschutz in Kommunen

Strategische Umsetzung des nachhaltigen Energiemanagements zur CO₂-Minderung

gefördert durch



Deutsche Bundesstiftung Umwelt

www.dbu.de



Inhalt

1.	Kurzfassung des Gesamtvorhabens	2
2.	Angaben zur Projektbearbeitung	3
3.	Modellkommunen	4
4.	Zielsetzung des Vorhabens	5
4.1	Aktuelle Problemstellung	5
4.2	Gegenstand und Ziel des Projektes	7
4.2.1	Umweltrelevanz des Projektes	7
4.2.2	Innovation des Projektes	8
4.2.3	Beschreibung der Umweltentlastung	9
4.2.4	Einfluss des Projektes auf die Stoff- oder Energieströme sowie deren Bilanzierung	9
4.3	Vorgehen und Methodik	9
4.4	Weiterführung des Projektes	11
5.	Quellen	11
	Anhang	13
	- Beispielhafte Darstellung der Kommunikationsstrategie	14
	- Erläuterung zum Ablaufschema der Kommunikationsstrategie	15
	- Übersicht über die Inhalte der Klimaschutzziele	16
	- Zeitplanung des Projektes ab dem 1. Februar 2008	17

1. Kurzfassung des Gesamtvorhabens

Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement im Sinne eines Ressourcen schonenden Ansatzes innerhalb von Verwaltungsgrenzen (Stadt oder Gemeinde) wird hier als ein zukunftsfähiges kooperatives Instrument zur verbesserten und effizienten Steuerung von Verwaltungsabläufen, Projektentwicklung und -umsetzung sowie den dazugehörigen Abstimmungs- und Steuerungsprozessen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren verstanden. Für das Projekt ist eine kooperative Zusammenarbeit insbesondere mit der Wirtschaft - den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) -, aber auch der Zivilgesellschaft Grundvoraussetzung. Sie beschleunigt die erfolgreiche Umsetzung von Projekten zur CO₂-Minderung durch den Einsatz energieeffizienter Maßnahmen und erneuerbarer Energien auf kommunaler Ebene. Ziel des Vorhabens ist es, mittels des auf Kommunikation und Netzwerkbildung beruhenden Steuerungsansatzes Kommunen zu unterstützen, die selbst gesteckten CO₂-Minderungsziele zu erreichen und zu übertreffen.

Im Vorlauf der Antragstellung erfolgte im ersten Schritt über eine breite Recherche (Internet, Kontaktaufnahme mit Kommunen, Multiplikatorengespräche mit Energieagenturen, Klimabündnis, RKW Hessen GmbH, Ministerien) eine bundesweite Vorauswahl von potentiellen Modellkommunen. Es haben sich acht Kommunen aus den Bundesländern Hessen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Sachsen-Anhalt herausgestellt, die an einem Qualifizierungswettbewerb, zur Teilnahme an dem beantragten Projekt der DBU als Modellkommune beteiligt waren. Aus den Bewerbungen wurden die Städte Darmstadt (Hessen, 130.000 Einwohner), Rheinberg (Nordrhein-Westfalen, 32.000 Einwohner) und Eisenach (Thüringen, 42.000 Einwohner) als geeignete Modellkommunen ausgewählt. Sie erfüllen zentrale Qualitätskriterien (u. a. eigene Klimaschutzziele, Unterstützung seitens der Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie regionale Verteilung) und verpflichten sich, die in ihren Letters of Intent dargelegten bestehenden Klimaschutzziele, zu erfüllen und zu übertreffen.



Die Lage der Wettbewerbskommunen in Deutschland (Quelle: eigene Darstellung)

Ablauf des Projektes

Zu Beginn des Projektes werden bisherige Best-Practices-Kommunen daraufhin analysiert,

- wie sie den Weg zu einer energiesparenden Kommune beschritten haben,
- welche Governance-Ansätze gewählt und
- in welcher Form dabei kleinere und mittlere Unternehmen erfolgreich integriert wurden.

Basierend auf diesen Erfahrungen und aktuellen Erkenntnissen wird ein Leitfaden zur Umsetzung eines zukunftsfähigen Governanceansatzes entwickelt. Dieser Leitfaden zielt auf eine querschnitts- und akteursorientierte Form des kommunalen Handelns.

In den drei ausgewählten Modellkommunen wird der Handlungsleitfaden erprobt. Weiterhin entwickeln sich qualifizierte und tragfähige Kompetenznetzwerke, die auch im Nachgang des

Modellprojektes selbstständig und eigeninitiativ arbeiten. Hierzu eigens entwickelte Kommunikationsstrategien helfen bei der Umsetzung der Netzwerke. Den Netzwerken obliegt im Verlauf des Prozesses die Evaluation und Erfolgskontrolle. Dies gilt auch für den jährlich tagenden Fachbeirat mit Expertinnen und Experten.

Die Partner in den Modellkommunen unterstützen aktiv den Entwicklungsprozess von Kompetenznetzwerken und arbeiten daran Umsetzungs hemmnisse zu mindern oder zu beseitigen.

Den nicht ausgewählten sechs Kommunen und interessierten KMU wird u. a. ermöglicht, an den Veranstaltungen im Rahmen des Kommunikationsprozesses teilzunehmen. Sie sind weiterhin in die Öffentlichkeitsarbeit im Modellprojekt integriert und erhalten bei Bedarf Beratung seitens der Projektpartner FH Erfurt und Büro für zukunftsfähige Regionalentwicklung.

Die im Rahmen des Projektes gewonnenen Ergebnisse werden u. a. in Form von Fachbeiträgen und der Abschlussveranstaltung im Zentrum für Umweltkommunikation in Osnabrück in die Öffentlichkeit transferiert.

Als Start für das Projekt ist der 1. Februar 2008 vorgesehen.

2. Angaben zur Projektbearbeitung

Leitung des Projektes:

Prof. Dr.-Ing. Heidi Sinning
Fachgebiet Planung und Kommunikation
FBT, Fachhochschule Erfurt
Altonaer Straße 25
99085 Erfurt

Telefon: 0361/6700-375
Fax: 0361/6700-373
E-Mail: sinning@fh-erfurt.de

Projektbearbeitung:

Dipl.-Ing. Guido Spohr
Fachgebiet Planung und Kommunikation
FBT, Fachhochschule Erfurt
Altonaer Straße 25
99085 Erfurt

Telefon: 0361/6700-390
Fax: 0361/6700-373
E-Mail: guido.spohr@fh-erfurt.de

In Kooperation mit:

Dr.-Ing. Holger Kreft
Büro für zukunftsfähige Regionalentwicklung BzR
Werksstraße 15
45527 Hattingen

Telefon: 02324/200 217
Fax: 02324 / 200-218
E-Mail: werkstatt@bzs-kreft.de

3. Modellkommunen

Für das Projekt wurden drei Modellkommunen ausgewählt. Die Auswahl erfolgte durch eine Vorqualifikation zwischen acht in ihrer Struktur und Größe vergleichbaren Städten (Großstädte, Mittel- und Kleinstädte). Ziel dieser Vorauswahl ist es gewesen, vorhandene Ansätze zur Aufbauorganisation („Strukturen“ wie Arbeitskreise u. ä. Gremien zum Thema und deren Zusammensetzung mit unterschiedlichen Akteuren, insbesondere den KMU) und Ablauforganisation (Ablaufprotokolle, Vorgehen) des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements im Bereich Energie zu erfassen bzw. deren Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sowie die Ansätze von kommunalen und regionalen Kompetenznetzen zu analysieren.

Die folgende Tabelle zeigt die fachlichen Auswahlkriterien des Wettbewerbs auf, die in den Steckbriefen der Kommunen zusammengefasst sind. Der Bewertung lagen sowohl **fachliche Kriterien** als auch **sonstige Kriterien** zugrunde. Im Rahmen der **fachlichen Kriterien** ist unterschieden zwischen **Soll-Kriterien** und **Mindest-Kriterien**. Die **Soll-Kriterien** bilden dabei die qualifizierenden Maßgaben für die Auswahl als Modellkommune. Die weiteren abgefragten Kriterien sind als **Mindest-Kriterien** anzusehen, die für eine Teilnahme an dem Wettbewerb grundsätzlich notwendig waren. Die **Soll-Kriterien** sind in der Tabelle *kursiv* dargestellt.

<p>Verwaltung/Politik Soll-Kriterien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Existenz von politischen Zielvereinbarungen oder -vorstellungen zur Energieversorgung und -effizienz sowie Beschlusslage</i> ▪ <i>Leistungs- und umsetzungsorientierte Schwerpunktbereiche der Zielsetzung</i> 	<p>Öffentliche und private Akteure Soll-Kriterien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Vorhandensein von Schlüsselakteuren zur Beförderung von Prozessen</i>
<p>Verwaltung/Politik Kann-Kriterien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schwerpunktbereiche der Zielsetzung ▪ Jährliches Berichtswesen oder sonstige kommunale Veröffentlichungen 	<p>Öffentliche und private Akteure Kann-Kriterien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestehende Netzwerke und Initiativen ▪ Beteiligungsgrad von Akteuren in den Netzwerken oder Initiativen ▪ Kooperative Prozesse und Vorlaufprojekte im Bereich kommunaler Klimaschutz und Energieeffizienz
<p>Kleine und mittlere Unternehmen Soll-Kriterien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Geeignete KMU zur Erreichung von CO₂-Minderungszielen</i> 	<p>Handlungsbedarf Soll-Kriterien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Ziele und Projektideen zur Erreichung der CO₂-Minderungsziele</i> ▪ <i>Hemmnisse bei der Umsetzung von Zielen</i> ▪ <i>Handlungs- und Unterstützungsbedarf</i>
<p>Kleine und mittlere Unternehmen Kann-Kriterien</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Integration der KMU's in bestehende Initiativen und Netzwerke ▪ Aktive Beteiligung der Wirtschaftsakteure ▪ Vereinigung von KMU, Interessensverbände 	

Die **sonstigen Kriterien** stellen sich wie folgt dar:

- Typologisierungen der Kommunen, sowohl Groß- als auch Mittel- und Kleinstädte (Auswahl von einer Großstadt, einer Mittelstadt und einer Kleinstadt)
- unterschiedliche Raumstrukturen, vom Ballungsraum hin zum ländlichen Raum (mindestens eine Kommune aus jeweils einer dieser Raumstrukturen)
- Regionale Verteilung, sowohl in Ost- als auch Westdeutschland (Verteilung möglichst in drei Bundesländern)

Ziel der Erstellung dieser allgemeinen Kriterien war es, bezüglich der Handhabbarkeit des Leitfadens für eine möglichst breite Zielgruppe Kommunen mit möglichst unterschiedlichen geografischen und politischen Voraussetzungen auszusuchen.

Ausgewählte Modellkommunen:

Im Bereich der *Großstädte* wurde die **Stadt Darmstadt** in Hessen ausgewählt. Sie liegt im Ballungsraum Rhein-Main und hat 134.000 Einwohner.

Im Bereich der *Klein- und Mittelstädte* nehmen die **Städte Eisenach** (Thüringen, 43.000 Einwohner) und **Rheinberg** (Nordrhein-Westfalen, 32.000 Einwohner) an dem Modellprojekt teil.

Als kooperierende Städte sind zudem Alsfeld, Bad Wildungen (beide Hessen), Halle (Saale), Petershagen (NRW) und Viernheim (Hessen) in das Projekt eingebunden.

4. Zielsetzung des Vorhabens

4.1 Aktuelle Problemstellung

Rund 60 Prozent der Energienachfrage werden in Deutschland heute immer noch durch Mineralöl und Erdgas abgedeckt. Vor dem Hintergrund der Umweltbelastung, der weltweiten Ressourcenverknappung bei steigendem Verbrauch und somit auch der Abhängigkeit von ressourcenreichen Ländern sind zunehmend andere Energieträger gefragt. Spätestens seit Unterzeichnung der Agenda 21 im Jahr 1992 die Förderung der umweltverträglichen und nachhaltigen Nutzung durch erneuerbare natürliche Ressourcen forciert (Agenda 21, Kap. 4.18). Doch zeigt sich in der Praxis, dass die Ziele einer modernen Energiepolitik auf kommunaler Ebene noch zu wenig umgesetzt werden. Vor dem Hintergrund der bestehenden Potenziale werden die Möglichkeiten eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements im Energiebereich nicht ausgeschöpft.

Drei Strategien kennzeichnen dabei das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich, nämlich Energieeinsparung und somit Ressourcenschonung, Steigerung der Energieeffizienz (technische Anlagen, Gebäude etc.) sowie Nutzung von erneuerbaren Energieträgern. Nur wenn die ersten beiden Strategien verfolgt werden, kommt der Beitrag der dritten Strategie erst richtig zur Geltung.

Regenerative Energien bilden im Zuge der Umweltbelastung und der begrenzten Erdöl- und Erdgasvorkommen die einzige Alternative zur Kernenergie. Sie ermöglichen es, die Energiebereitstellung unmittelbar auf Kundenwünsche zuzuschneiden, da sie in einem feinmaschigen Netz erzeugt werden können. Sie schaffen zudem Arbeitsplätze und können die regionale Wirtschaft stärken (Leitbild des „Prosumenten-Netzwerks“, Loske 2005).

In Deutschland waren im Jahr 2004 130.000 Arbeitskräfte im Bereich erneuerbare Energien tätig. Laut aktuellen Studien seitens der Unternehmensberatung Roland Berger Strategy Consultants sagen diese bereits für das Jahr 2020 voraus, dass die Umweltbranche und die regenerative Energiebranche die traditionellen Industriezweige des Maschinenbaus und der Autoindustrie in Deutschland als führende Technologiesektoren und Job-Motoren ablösen werden (Solarportal24). Der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die entwickelten hocheffizienten Technologien bieten für die deutsche Wirtschaft einen großen Exportmarkt, von dem dauerhaftes Wachstum und die Sicherung der Beschäftigung zu erwarten sind (Bundesregierung 2005).

Neben diesen wirtschaftlichen Potenzialen ist vor allem die Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes ein wichtiges Ziel, welches im Kyoto-Protokoll festgehalten und 2002 von Deutschland ratifiziert wurde. So wurden durch den Einsatz erneuerbarer Energieträger im Jahr 2004 in Deutschland rund 70 Millionen Tonnen vermieden (Bundesregierung 2005). Aber auch eine größere Energieeffizienz bei Erzeugung, Umwandlung, Verteilung und Verbrauch (Agenda 21, Kap. 9.9) trägt zum Klimaschutz bei.

Den dringenden Handlungsbedarf zu einer deutlichen globalen CO₂-Minderung zeigt der aktuelle Vierte Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)

und die Ergebnisse der drei Arbeitsgruppen auf, die nach einer Bestandsaufnahme und Bewertungen der aktuellen wissenschaftlichen Ergebnisse Maßnahmenempfehlungen abgegeben haben. Hierin werden dem Kohlendioxid als auch dem vom Menschen und insbesondere von den Industrieländern verursachten Treibhauseffekt maßgebliche Verantwortung für den laufenden Klimawandel zugesprochen.

Am 23. Mai 2007 haben sich die zuständigen EU-Minister für Stadtentwicklung auf die sogenannte „Leipzig Charta“ sowie auf die Territoriale Agenda und der damit verbundenen Verpflichtung zu einer integrierten und kooperativen Stadtentwicklung unter Hervorhebung des kommunalen Umwelt- und Klimaschutzes verständigt. Hintergrund der Erklärung ist der Beschluss, bis 2020 den Ausstoß an Treibhausgasen um 20 Prozent gegenüber 1990 aus Gründen des Klimaschutzes zu verringern. Gleichzeitig soll der Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent gesteigert werden (Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung 2007) und verbinden den EU-Aktionsplan Energieeffizienz direkt den Baustein Klimaschutz und Energie mit der nachhaltigen Stadtentwicklung.

Diese Sachverhalte bieten Anknüpfungspunkte für kommunale Aktivitäten im Sinne des Leitbilds der Nachhaltigkeit. Besonders vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen in Deutschland müssen Kommunen handeln, um ihre Attraktivität für Wirtschaft und Bürgerschaft zu halten bzw. auszubauen. Nachhaltige Entwicklung läuft in vielen Kommunen Gefahr, ein Randthema zu werden. Viele Lokale Agenda 21-Prozesse laufen schwerfällig.

Ein systematisches, integriertes Herangehen mit einer Überprüfung des jeweils Erreichten und mit konsequenten Schlussfolgerungen daraus für die gegebenenfalls nötige transparente (Re-)Formulierung von Zielen, für eine entsprechende Maßnahmen- und Instrumentenwahl wird im politischen Umfeld, aber auch in vielen Verwaltungen oft nicht gewünscht. Als „Indikator“ für dieses Manko mag gelten, dass die Nachhaltigkeitsindikatoren kaum beachtet werden (Liepach et al. 2003: 52).

Dennoch gibt es in der Bundesrepublik einige Kommunen, die erfolgreich nachhaltige Entwicklungsstrategien verfolgen. Das Thema Energie ermöglicht es Kommunen leichter als viele andere Themen, ihr Nachhaltigkeitsmanagement aufzubauen oder weiter zu forcieren. Vorbildkommunen, die unter dem Namen Klimastädte, Bioenergiedörfer, Solardörfer etc. firmieren, sind dazu hilfreiche Vorreiter. Der Ansatz unter dem Schwerpunkt Energie ist für Kommunen und Regionen attraktiv, da sie mit dieser Strategie bzw. mit diesem Nachhaltigkeitsmanagementansatz wettbewerbsfähiger werden. Sie bieten nicht nur mehr Lebensqualität, sondern unterstützen auch regionale Wirtschaftskreisläufe, schaffen Arbeitsplätze bzw. sichern diese ab. Trotz erfolgreicher Ansätze und Projekte zum kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich und obwohl eine hohe Akzeptanz gegenüber erneuerbaren Energieträgern in der Bevölkerung besteht (81 Prozent der Bevölkerung befürworten laut Infratest dimap den Einsatz erneuerbarer Energieträger, siehe NABU 2006), gelingt es aber kaum, weitere Kommunen für ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich zu gewinnen.

Ein Manko der bisherigen Prozesse ist die fehlende Information, das fehlende Bewusstsein, die fehlende Vernetzung der kommunalen und regionalen Fachkompetenz im Energiebereich sowie der mangelnde Abbau psychologischer Barrieren. Dafür bedarf es einer Kommunikationsstrategie für die Adressaten Bürger, Kommunen und Unternehmen, um das vorhandene Know-how weitergeben zu können, Transparenz solcher kommunalen Prozesse zu schaffen und die Prozesse durch Vernetzung von Akteuren und multidisziplinäres Arbeiten zu institutionalisieren (Sinning 2005).

Den inhaltlichen Bezugsrahmen für die Kommunikationsstrategie im Energiebereich bietet das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement. Unter diesem Management werden alle Aktivitäten des politisch-administrativen Systems verstanden, welche ökologische, ökonomische und soziale Ziele der nachhaltigen Kommunikation im Energiebereich auf kommunaler Ebene verwirklichen und wirkungsvoll miteinander verbinden. Für die Umsetzung ist ein syste-

matisches Managen sozialer und ökologischer Aspekte mit ökonomischen und kommunikativen Instrumenten notwendig (Kreft 2005). Dieser kontinuierliche Verbesserungsprozess, der auf die Werthaltung und das Zielsystem der Nachhaltigkeit ausgerichtet ist, bietet einen instrumentellen Rahmen, um nachhaltige Entwicklung im Energiebereich zu steuern. Zudem kann er einen Beitrag leisten, um Ansätze des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements im Energiebereich auch für weitere Kommunen handhabbar und umsetzbar zu gestalten. Grundsätzlich soll das Projekt den Weg für eine lokale/kommunale „Governance für Nachhaltigkeit“ bereiten.

4.2 Gegenstand und Ziel des Projektes

Ziel des Projektes ist es, Kommunen zu unterstützen, die mit dem zukunftsorientierten Steuerungsansatz des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements eine Minderung des CO₂-Ausstoßes erreichen wollen.

Mittels des *Managements* sollen:

- die technischen, planerischen und integrativen Maßnahmen im *Energiebereich* gebündelt,
- der Einsatz und Ausbau von erneuerbaren Energieträgern sowie
- die Realisierung von Energieeffizienz abgesichert,
- die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert und
- energetisch-nachhaltige Wirtschaftskreisläufe (tragfähige, regionale Netzwerke und Arbeitsplätze) angestoßen werden.

Dabei ist die Koordination und Bündelung von privaten (v. a. KMU und Bürgerschaft), kommunalen und regionalen Akteuren und von Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes durch die Förderung und den Einsatz erneuerbarer Energieträger ein wichtiger Anknüpfungspunkt. Für Modellkommunen sollen *kommunale bzw. regionale Kompetenznetzwerke zum Thema Energie* aufgebaut werden, die sowohl nachfrage- als auch angebotsorientiert das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich forcieren und die Aktivitäten langfristig absichern. Den vorhandenen Informationsdefiziten und dem fehlenden Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung im Energiebereich soll mit einer *innovativen Kommunikationsstrategie* für kommunale Entscheidungsträger, Unternehmen (vor allem KMU) und die Zivilgesellschaft die Bürgerschaft und begegnet werden.

Die Einführung von Neuerungen in den jeweiligen Organisationen bzw. die Widerstände, die Führungskräfte und Mitarbeiter der Organisationen (insbesondere in den Verwaltungen) den gegebenenfalls notwendigen Veränderungen entgegensetzen, werden ebenfalls zum Thema gemacht. Widerstände sollen mit Methoden des Veränderungsmanagements bearbeitet und möglichst aufgeweicht werden. Dazu ist etwa das Infragestellen bestimmter Grundhaltungen und Einstellungen notwendig, die für inhaltliche Neuerungen eines kommunalen (wie bspw. ressortübergreifendes Handeln) hinderlich sind. Durch das Projekt werden Erkenntnisfortschritte zum Thema lokale Governanceformen für Nachhaltigkeit sowie positive Auswirkungen auf die Lebensqualität in den Kommunen erwartet. Auf der Grundlage einer Best-Practice-Analyse und der kommunalen Strategie soll ein Handlungsleitfaden verfasst werden. Dieser findet in den Modellkommunen Anwendung. Der erprobte Leitfaden wird auf andere Kommunen übertragbar sein und dort ebenfalls einen Erkenntnisfortschritt bezwecken.

4.2.1 Umweltrelevanz des Projektes

Die Umsetzung dieses Vorhabens erfüllt einen langfristigen Beitrag zur Senkung der Umweltbelastung im Sinne der strategischen nachhaltigen Entwicklung. Es unterstützt die Sicherung und Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung über die Verbindung von Bottom-up- und Top-down-Ansätzen. Die ausgewählten Modellkommunen haben für sich jeweils politische Zielsetzungen im Klimaschutz festgelegt. Das Projekt unterstützt die Kommunen, mit Hilfe dieses Governance-Ansatzes besser und schneller diese Ziele zu erreichen. Dies ge-

schieht vor allem dadurch, dass durch die Installation der tragfähigen Netzwerke Projekte initiiert und umgesetzt werden können. Die Umweltentlastung durch CO₂-Minderung soll methodisch über eine CO₂-Bilanzierung vor und nach dem Projekt nachgewiesen werden.

4.2.2 Innovation des Projektes

Der innovative Ansatz liegt in der strategischen und langfristig tragfähigen Anlage von Netzwerken aus Akteuren der Wirtschaft, Verwaltung/Politik und Zivilgesellschaft durch Verständigung auf gemeinsame Klimaschutzziele.



Das methodische Vorgehen der Erarbeitung eines übertragbaren Handlungsleitfadens sowie einer Kommunikationsstrategie trägt zur verbesserten Verständigung dieser drei Akteure bei. Das Wissen und die Erfahrung werden für andere Kommunen entsprechend in einem realisierbaren Handlungsleitfaden aufbereitet und kommuniziert. Die professionelle Kommunikation mittels einer übertragbaren Strategie und einem akteursaktivierenden Ansatz bietet optimale Chancen, die Nachhaltigkeitskriterien im Energiebereich umzusetzen. Das heißt, in ökologischer Hinsicht werden die Umsetzung eines niedrigen Energieeinsatzes und die Nutzung erneuerbarer Energieträger forciert. Zudem kann im ökonomischen Bereich eine zukunftsfähige lokale und regionale Wirtschaftsstruktur etabliert werden. Die strategische Vorgehensweise enthält auch eine stetige Erfolgskontrolle und Zielprüfung innerhalb des Prozesses. Dies gilt sowohl für die Arbeit der Arbeitsgruppen in den Modellkommunen als auch für den Fachbeirat. Somit wird eine stringente Verfolgung der abgestimmten Ziele gewährleistet.

Durch den umsetzungs- und akteursaktivierenden Ansatz des Modellprojektes werden bereits in der Phase der Erprobung des Handlungsleitfadens Projekte angeschoben und deren Umsetzung forciert. Durch die verbesserte Verzahnung der Akteure im Netzwerk können Projekte durch effizientes Prozessmanagement in die Umsetzung gelangen. Dadurch kann

gewährleistet werden, dass die kommunalen Klimaschutzziele rascher erreicht werden. Pilotprojekte motivieren die Beteiligten und sollen weitere Ansätze sichtbar machen. Zielvereinbarungen sichern zum Abschluss der Projektlaufzeit die weitere Zusammenarbeit, deren Organisation und Inhalte ab. Durch die enge Verzahnung der Akteure in einem Netzwerk werden auch neue Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten entwickelt, die die Kooperation von öffentlicher und privater Hand fördern (Public-Private-Partnership-Modelle).

4.2.3 Beschreibung der Umweltentlastung

Die Modellkommunen zielen alle darauf hin, eine Umweltentlastung zu erreichen, die über die gesetzlichen Vorgaben oder die bisher übliche Praxis hinausgehen. Sie ziehen zu Beginn des Projektes, spätestens zum Beginn des Kommunikationsprozesses, Zwischenbilanz mittels einer CO₂-Bilanzierung. In der Folge verpflichten sich die ausgewählten Kommunen Darmstadt und Eisenach, die eigenen Klimaschutzziele, basierend auf den Vorgaben des Klimabündnisses und seinen Maßgaben von 2006, diese Ziele um folgende Marken zu übertreffen:

Stadt Darmstadt: 40 % Reduktion der CO₂-Emissionen pro Einwohnerin bis 2020 (Basisjahr 1990). Darmstadt beabsichtigt über das Klimabündnis-Ziel hinaus eine zusätzliche Minderung von 30 % bis zum Jahr 2050.

Stadt Eisenach: Festschreibung eines CO₂-Minderungsziels, das um 10 % über die Vorgaben des EU-Aktionsplans und einer Reduktion von 30 % (Basisjahr 1990) bis 2020 hinaus geht.

Die Stadt Eisenach hat sich bisher zu den Zielen des Klimabündnisses bekannt. Sie verpflichtet sich, bis zum 3. Arbeitsschritt des Projektes, der Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie, einen Beschluss basierend auf dem EU-Aktionsplan herbei zu führen.

Stadt Rheinberg: Festschreibung eines CO₂-Minderungsziels, das um 10 % über die Vorgaben des EU-Aktionsplans und einer Reduktion von 30 % (Basisjahr 1990) bis 2020 hinaus geht. Die Stadt Rheinberg hat sich bisher erst Teilziele gesetzt. Sie verpflichtet sich, bis zum 3. Arbeitsschritt des Projektes, der Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie, einen Beschluss basierend auf dem EU-Aktionsplan herbei zu führen.

4.2.4 Einfluss des Projektes auf die Stoff- oder Energieströme sowie deren Bilanzierung

Das Projekt zielt darauf, durch die lokale oder regionale Ausrichtung des Prozesses eine Minimierung und Verbesserung der regionalen Stoff- und Energieströme zu erreichen, sowie die Energieeffizienz in Unternehmen zu fördern.

Dies kann sowohl über den Ausbau von dezentralen Nahwärme- und Energienetzen sowie der Steigerung der lokalen Energieeffizienz im Bereich Neubau und Gebäudebestand oder Energieversorgung erreicht werden. Hier kommt den KMU eine zentrale Bedeutung zu. Sie profitieren durch Energieeffizienzmaßnahmen in ihren Unternehmen. Gleichzeitig fallen durch die Integration lokaler und regionaler kleiner und mittlerer Unternehmen auch geringere Verkehrs- und Transportwege an. Außerdem ebnet dieses Projekt den Weg zu einer lokalen oder regionalen Kreislaufwirtschaft.

4.3 Vorgehen und Methodik

Methodisch sollen in der *ersten Phase* Best Practices für kommunales Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich untersucht werden. Dafür sind unter anderem die Kommunen Jühnde in Niedersachsen („Das Bioenergiedorf“), Weilerbach in Rheinland-Pfalz („Zero Emission Village“), die „Energieökologische Modellstadt“ Ostritz-St. Marienthal sowie die Region Nordhessen (Landkreis Kassel), Region Hegau am Bodensee (Bürgerunternehmen

solarcomplex) und die SolarCity und Solarregion Freiburg in Baden-Württemberg vorgesehen.

Die Best Practices werden dahingehend analysiert, wie die Fachnetzwerke (inkl. KMU) aufgebaut wurden und welche Akteure dabei eingebunden waren. Zudem sollen die Steuerungsansätze, die Indikatoren, die Verankerung der Vorhaben in (lokalen politischen) Strategien und/ oder Ziele von Programmen (wie z.B. Entwicklungskonzepte, INSEK) und lokalen Initiativen sowie die stattgefundenen Kommunikationsprozesse untersucht werden. Mit Hilfe der SWOT-Analyse sollen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken identifiziert werden, um daraus Erfolgsfaktoren und Hemmnisse für ein Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich abzuleiten.

Anhand dieser Ergebnisse soll in der *zweiten Phase* ein übertragbarer Leitfaden zur Umsetzung eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements im Energiebereich erarbeitet werden. Dabei ist die Erfassung der Erfolgsfaktoren im Energiebereich, die den kommunalen und regionalen Bedarf zusammenstellen, von zentraler Bedeutung. Die etablierten Nachhaltigkeitskriterien im Energiebereich finden dabei Beachtung und werden durch den Leitfaden für Kommunen handhabbar gestaltet.

Für eine erfolgreiche Umsetzung in den Kommunen soll eine innovative Kommunikationsstrategie ausgearbeitet werden (*dritte Phase*), die durch Information das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung in den Kommunen (Unternehmen, Bürgerschaft und Verwaltung,) schärft und weiter ausbildet. Zudem soll mit ihr das Kompetenznetzwerk entwickelt und gestärkt werden. Die erarbeitete Kommunikationsstrategie soll auch auf andere Kommunen übertragbar sein.

Der Leitfaden wird in der *vierten Phase* in den Modellkommunen erprobt. In diesen Modellkommunen sollen die Schaffung von Kompetenznetzwerken im Energiebereich und die Umsetzung der Maßnahmen unterstützt werden. Diese Netzwerke sind in Form von kommunalen oder ggf. auch regionalen Arbeitsgruppen zu etablieren, die sich regelmäßig treffen. Sie dienen außerdem als Analyseforen, um die Fortschritte und Ergebnisse der Prozesse zu reflektieren (Evaluation, Erfolgskontrolle). Die Modellkommunen liegen sowohl in West- und als auch in Ostdeutschland, um die unterschiedlichen Ausgangssituationen und Anforderungen berücksichtigen zu können. Ein Austausch der Modellkommunen soll jeweils im zweiten und dritten Projektjahr stattfinden.

Diejenigen Kommunen, die nicht über den Wettbewerb als Modellkommune gewählt wurden, werden jedoch intensiv in den Erfahrungsaustausch integriert durch:

- explizite Teilnahmemöglichkeit an den Veranstaltungen in den Modellkommunen,
- die Integration in die Öffentlichkeitsarbeit und die Berichterstattung seitens der Projektkoordinatoren,
- direktes Beratungsangebot und Vernetzungsangebot seitens der Projektkoordinatoren zur Unterstützung der Aktivitäten zur CO₂-Minimierung,
- Teilnahme an der Abschlussveranstaltung.

Ziel der Integration dieser Kommunen ist es, sie mittels der oben genannten Maßnahmen zu einer eigenständigen Durchführung eines kooperativen Prozesses zu motivieren und zu aktivieren.

Zum Erfolg des Projektes tragen auch Multiplikatoren bei, insbesondere die Interessensverbände der Wirtschaft. So werden die Industrie- und Handelskammern, die Kreishandwerkerschaften und die Innungen, wie auch andere Verbände und Vereinigungen im Vorlauf des Kommunikationsprozesses zielgerichtet in das Projekt eingebunden.

Die im Projekt erarbeiteten Erkenntnisse werden in der *fünften Phase* der Öffentlichkeit durch Publikationen (u. a. in einschlägigen Fachzeitschriften, Sammelbänden und DBU-Informationsmedien) zugänglich gemacht. Zudem sind Vorträge auf Fachtagungen vorgesehen. Die Projektergebnisse werden in einer Abschlussveranstaltung seitens der Projektkoor-

dinatoren und den beteiligten Modellkommunen im Zentrum für Umweltkommunikation in Osnabrück öffentlich präsentiert.

Als Projekt begleitendes Gremium wird ein *Fachbeirat* etabliert, der das Projekt beratend unterstützt und evaluiert. Folgende Experten sind als Mitglieder des Fachbeirats zielführend: Prof. Dr. Ulf Hahne (Universität Kassel), Prof. Dr. Peter Heck (FH Trier und Institut für angewandtes Stoffstrommanagement - IfaS), Holger Robrecht (ICLEI), Dr.-Ing. Ulrich Gehrlein (Institut für Ländliche Strukturforschung, Frankfurt/Main), Verena Exner (DBU), Prof. Dr. Gerd Michelsen (Institut für Umweltkommunikation Universität Lüneburg), Wolfgang Pippke (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Münster und Institut für Verwaltungswissenschaften Gelsenkirchen- IfW), Dr. Swantje Eigner-Thiel (Interdisziplinäres Zentrum für Nachhaltige Entwicklung der Universität Göttingen) sowie Dr. Kurt Berlo, (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie). Der Fachbeirat tagt jährlich (siehe Kapitel 5 Arbeitsplan).

Im Rahmen des Projektes wird darüber hinaus der Austausch mit anderen DBU-Projekten in Form von Fachgesprächen, Experteninterviews etc. vorgesehen, um mögliche Doppelarbeiten zu vermeiden und beiderseitig Synergieeffekte nutzen zu können.

4.4 Weiterführung des Projektes

Das Projekt ist so ausgerichtet, dass die Kommunen auch nach dessen Ende aufgrund des entwickelten innovativen Steuerungsansatzes für die nachhaltige Entwicklung im Energiebereich weiter arbeiten können und sich weitere kommunale Handlungsfelder erschließen. Zudem unterstützen die etablierten Kompetenznetzwerke die Arbeit und bringen den Prozess des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements im Energiebereich in den Kommunen voran. Durch den Transfer der Ergebnisse wird der Ansatz der strategischen Kommunikation im Bereich regenerativer Energien/Energieeffizienz in andere Kommunen getragen und kann dort eine Fortsetzung finden.

5. Quellen

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) 1997: Umweltpolitik: Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente, Bonn.

Bundesregierung (Hg.) 2005: „Wegweiser Nachhaltigkeit 2005 – Überblick“, Pressemitteilung, Berlin (<http://www.bundesregierung.de/Anlage870804/kurzfassung-wegweiser.pdf>, Zugriff am 05.04.2006).

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V 2007.: Stadtentwicklung und Klimaschutz: Den Energiehaushalt der Städte sinnvoll steuern: (<http://www.deutscher-verband.org/seiten/dv-stichwort/klimaschutz.asp.>, Zugriff am 16.05.2007)

Gehrlein, Ulrich 2004: Nachhaltigkeitsindikatoren zur Steuerung kommunaler Entwicklung, Indikatoren und Nachhaltigkeit, Bd. 3, Wiesbaden.

Gehrlein, Ulrich, Petersson, Elke 2003: Instrumente, Hemmnisse und Lösungsansätze für eine nachhaltige Kommunalentwicklung (http://www.zit.tu-darmstadt.de/cipp/tudzit/lib/all/lob/download,ticket,guest/bid,110/check_table,it_chap_downl_embed/~/gehrlein_pettersson_kommunales_Nachhaltigkeitsmanagement.pdf, Zugriff am 28.04.2006).

Hemmers, Rosa 2006: Energetische Nutzung der Biomasse – lokale und regionale Beispiele, in: BBR (Hg.): Bioenergie: Zukunft für ländliche Räume, Informationen zur Raumentwicklung, H.1./2, S. 81-92, Bonn.

Kreft, Holger 2004: Developing Regional Markets to Promote Global Sustainability - Report on Renewable Energy Projects in North Rhine-Westphalia, in: Sagan, Iwona; Czepczynski, Mariusz (eds.): Featuring the Quality of Urban Life in Contemporary Cities of Eastern and Western Europe (Documentation 1st International Social Geography Workshop "The Quality of Urban Life and the Residential Attractiveness of Cities, Gdynia, Poland, 11.-13. Sept. 2003), S. 97-113, University Gdansk, Bogucki Wydawnictwo Naukowe, Poznan.

Kreft, Holger 2005: Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement: Teil einer Strategie zur Entlastung des Bodens vom Besiedlungsdruck im Rahmen städtischer oder gemeindlicher Strukturentwicklung, in: Tomerius, Stephan; Löhr, Dirk (Hg.): Jahrbuch für Bodenpolitik, S. 105-122, Berlin.

Liepach, Katharina; Sixt, Julia; Irrek, Wolfgang 2003: Kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren. Vom Datenfriedhof zur zentralen Steuerungsinformation. Wuppertal Papers, 138, Wuppertal (<http://www.wupperinst.org/Publikationen/WP/WP138.pdf>).

Loske, Reinhard 2005: Die politische Ökologie der Infrastrukturen, Intelligente Netzwerke für eine nachhaltige Entwicklung, in: Loske, Reinhard; Schaeffer, Roland (Hg.): Die Zukunft der Infrastrukturen. Ökologie und Wirtschaftsforschung, Bd. 57, Marburg.

Meyer-Renschhausen, Martin (Hg.) 1999: Kommunales Energiemanagement, Grundzüge – Fallbeispiele – Finanzierungsalternativen, IKU-Reihe "Kommune und Umwelt", Bd. 3, Frankfurt am Main.

Michelsen, Gerd; Godemann, Jasmin (Hg.) 2005: Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation - Grundlagen und Praxis, München.

NABU 2006: Deutsche wollen mehr Erneuerbare Energien - Nur Minderheit befürwortet Kohle und Atomkraft (http://www.nabu.de/m07/m07_05/04512.html, Zugriff am 05.05.2006).

Sinning, Heidi 2005: Planungskommunikation und Nachhaltigkeit in der Stadt-, Regional- und Umweltplanung, in: Godemann, Jasmin; Michelsen, Gerd (Hg.), Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis, S. 274-286, Lüneburg.

Anhang

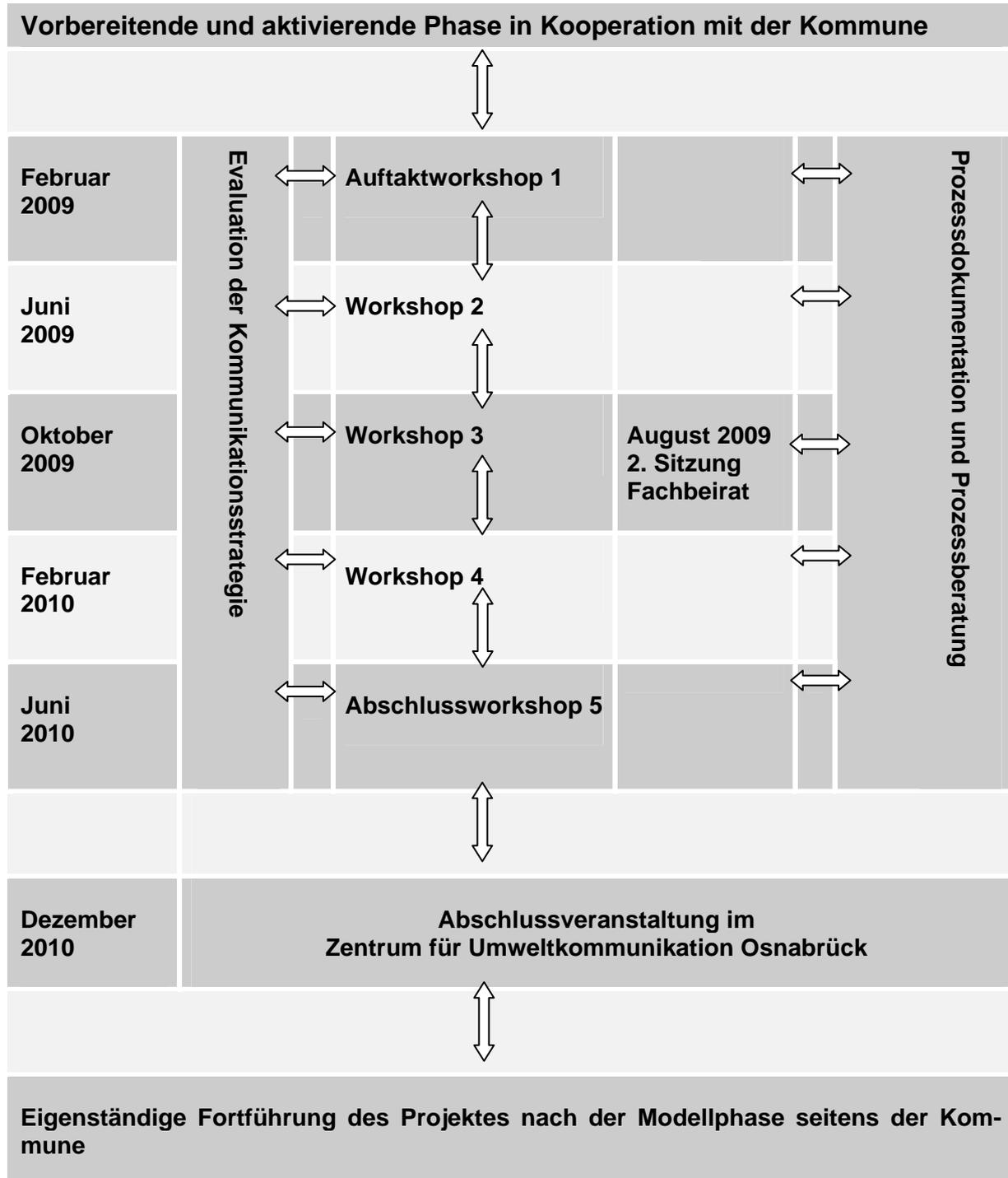
Beispielhafte Darstellung der Kommunikationsstrategie

Erläuterung zum Ablaufschema der Kommunikationsstrategie

Übersicht über die Inhalte der Klimaschutzziele

Zeitplanung des Projektes ab dem 1. Februar 2008

Anhang: Beispielhafte Darstellung der Kommunikationsstrategie, Arbeitsphase 4 (Erläuterungen zu Kap. 4.2.2)



Anhang: Erläuterung zum Ablaufschema der Kommunikationsstrategie (Erläuterung zu Kap. 4.1)

Vorbereitende und aktivierende Phase in Kooperation mit der Kommune

Vorbereitende Phase mit Kommune

- Klärung und Abgleich von Erwartungen und Vorschlägen für die Zusammenarbeit sowie Inhalte und Prozess
- Abgleich Ablauf Kommunikationsprozess und Beratungskompetenzen
- Gewinnung geeigneter Schlüsselakteure durch Erstgespräche
- Auswahl von geeigneten Beteiligten Kommune, Wirtschaft, Zivilgesellschaft
- Vorbereitung einer aktivierenden Befragung
- Klärung des Projektmanagers, der begleitend den Prozess moderiert und im Anschluss an Modellphase weiter begleitet

Aktivierende Phase

- Durchführung einer aktivierenden Befragung
- Erhebung von Wünschen, Anregungen und Motivationen zur Teilnahme am Prozess
- Analyse der Ergebnisse
- Erstellung des letztendlichen Prozessdesigns

Durchführungsphase Kommunikationsstrategie/Prozessdesign

Auftaktworkshop 1: Vorstellung des Gesamtprojekts, des Prozesses und der Ergebnisse der Aktivierenden Befragung, Konsensfindung über erste Projekte, Findung von mindestens 3-4 Schlüsselprojekten zur Erreichung des gesetzten Minderungsziels, Etablierung Kompetenznetzwerk

Workshop 2: Bearbeitung von Schlüsselprojekte, Evaluation Stand des Prozesses, Intensivierung der Netzwerkaktivitäten

Workshop 3: Bearbeitung von Schlüsselprojekte, Evaluation Stand des Prozesses, Intensivierung der Netzwerkaktivitäten

Workshop 4: Bearbeitung von Schlüsselprojekte, Evaluation Stand des Prozesses, Intensivierung der Netzwerkaktivitäten

Abschlussworkshop 5: Darstellung der Gesamtergebnisse im bisherigen Prozess, Zielvereinbarung über weitere Zusammenarbeit und Fortführung des Projektes

Abschlussstagung

Gemeinsame Abschlussstagung aller drei Modellkommunen und der „outer circle“-Kommunen sowie interessierten Dritten aus dem Bereich Stadtentwicklung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Klimaschutz

Fortführung des Projektes

Eigenständige Fortführung des Projektes nach der Modellphase seitens der Kommune

Anhang: Übersicht über die Inhalte der Klimaschutzziele (Erläuterung zu Kap. 4.2.3)

Aktionsplan der EU für Energieeffizienz 2006	Neuformulierung der Klima-Bündnis-Ziele im Jahr 2006
CO₂ - Minderungsziele	CO₂ - Minderungsziele
<p>Die Treibhausgasemissionen sollen mit Basisjahr 1990 in der Europäischen Union bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gesenkt werden. Wenn noch andere Staaten mitmachen, die nicht der EU angehören, werden sogar 30 Prozent ins Auge gefasst.</p> <p>Europa hat somit einen ehrgeizigen Plan ins Leben gerufen, der den Energieverbrauch bis 2020 um 20% reduzieren soll. Das Ziel ist, die Abhängigkeit Europas von importiertem Öl und Gas zu vermindern und die Energiekosten um etwa 100 Milliarden Euro jährlich zu kürzen. Dieser Plan könnte weiterhin verhindern, dass 780 Millionen Tonnen an CO₂ in die Atmosphäre ausgestoßen werden; eine Zahl, die doppelt so hoch ist, wie das im Kyoto-Protokoll festgelegte Ziel für die EU. Das Kyoto-Protokoll verlangt von der Europäischen Union, dass die CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2012, also in 22 Jahren, um acht Prozent gesenkt werden.</p>	<p>Die Mitglieder des Klima-Bündnis verpflichten sich zu einer kontinuierlichen Verminderung ihrer Treibhausgas-Emissionen. Langfristig streben die Klima-Bündnis-Städte und Gemeinden eine Verminderung ihrer Treibhausgas-Emissionen durch Energiesparen, Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien auf ein nachhaltiges Niveau von 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalent pro EinwohnerIn und Jahr an.</p>
<p>Das Klimaschutzziel, das im Aktionsplan der EU für Energieeffizienz in der Folge basierend auf dem Kyoto-Protokoll verabschiedet wurde, bedeutet auch, dass die Mitgliedsstaaten der EU zwischen 2012 und 2020, also in acht Jahren, ihre CO₂-Emissionen noch einmal um 12 Prozent senken.</p>	<p>Ziel ist aktuell, alle 5 Jahr die CO₂-Emissionen um 10 Prozent zu reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 erreicht werden.</p>
<p>Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, vor allem in den Bereichen Strom, Gebäude und Verkehr, will die Kommission dieses Ziel erreichen.</p>	
<p>Zielerreichung ist nur durch ein effektives Zusammenwirken ordnungsrechtlicher, förderpolitischer und marktorientierter Maßnahmen möglich.</p>	<p>Diese Ziele zu erreichen erfordert jedoch das Zusammenwirken aller Entscheidungsebenen (Europäische Union, Nationalstaat, Regionen, Gemeinde) und können nicht durch Maßnahmen im Entscheidungsbereich der Gemeinden allein erreicht werden.</p>
<p>Auf den Aktionsplan der EU für Energieeffizienz 2006 beziehen sich im Bereich der CO₂-Emissionen die Städte Eisenach und Rheinberg. Beide setzen sich das Ziel, die Vorgaben des EU-Aktionsplanes und einer Reduktion von 30 Prozent (Basisjahr 1990) bis 2020 hinaus um 10 Prozent zu übertreffen.</p>	<p>Die Stadt Darmstadt bezieht sich auf die Klimabündnis-Ziele 2006. Sie beabsichtigt über diese Ziele hinaus eine zusätzliche Minderung von 30 Prozent bis zum Jahr 2030 mit Basisjahr 1990.</p>

